Bericht des AD / Hauptausschuss am 07. November 2019

- Wie nun unschwer zu erkennen ist, haben die Arbeiten zum Bau des neuen Rathauses begonnen. Zwar ist derzeit nur der Bau der Abbiegespur zu erkennen, aber diese Maßnahme muss aus diversen Gründen als erste erfolgen.
- Die Auswahlgespräche für die Nachwuchskräfte sind nahezu abgeschlossen und ich freue mich, dass wir im kommenden Jahr zwei Damen als Auszubildende für den Beruf der Verwaltungsfachangestellten sowie zwei Damen für das Studium Bachelor of Arts gewinnen konnten. Die Auswahl für einen Studenten des Bauingenieurwesens wird in Kürze getroffen werden. Die Gewinnung und Ausbildung eigener Nachwuchskräfte ist ein immer wichtigerer Baustein, um dem Fachkräftemangel und der nahenden Ruhestandswelle zumindest teilweise begegnen zu können.
- Auf der Tagesordnung des Amtsausschusses finden Sie auch die mögliche Resolution zur Neuordnung des Finanzausgleiches. Bisher liefen die Verhandlungen zum neuen FAG, an denen ich als SHGT beteiligt bin, überhaupt nicht positiv für die Gemeinden. Jedoch gibt es ganz aktuell Signale aus Kiel, die ich hier aus Gründen der Vertraulichkeit nicht näher beschreiben kann, die mich hoffen lassen, dass wir am kommenden Montag mit dem Ministerpräsidenten eine Einigung erzielen könnten. Dann wäre ggf. die Resolution nicht mehr notwendig. Jedoch gebe ich auch ganz klar schon jetzt den Hinweis, dass der SHGT aufgrund seiner Mitgliederstruktur es kaum wird erreichen können, dass alle Mitglieder ihre Einnahmesituation werden verbessern können.
- Neufassung des Kindertagesstättengesetzes: Heute hat die Kollegin Jathe-Klemm die letzten Zahlen, die wir zur finalen Berechnung noch vom Kreis benötigt haben, erhalten. Ich bitte die Gemeinden um Verständnis, dass wir nun noch eine Prüfung unserer eigenen Berechnungen durch die Geschäftsstelle des SHGT beauftragt haben und erst danach eine Übermittlung der Zahlen und Berechnungen an die Bürgermeister vornehmen werden. Nur sei schon jetzt der ganz klare Hinweis erlaubt, dass zwei Gemeinden sich tatsächlich marginal verbessern, acht Gemeinden jedoch werden zum Teil erheblich in das Finanzsäckel greifen müssen.